

Informationen aus dem Landtag

Herausgegeben von Ihren Abgeordneten
Dorothea Schäfer und Thomas Günther

Ausgabe Nr. 41, Mai 2009

>> Für bessere Politik in unserem Land <<

In dieser Ausgabe:

- Wirtschaft
- Agrardiesel
- Gastronomie
- Kommunalreform
- Opel

>>WIRTSCHAFT

Heimische Unternehmen unterstützen

Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir eine Vielzahl von mittelständigen Unternehmen im Landkreis besucht, um mit diesen vor Ort über die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt und über die Auftragslage der Betriebe zu sprechen. Dabei ging es uns vor allem darum, uns darüber zu informieren, wo Probleme für die heimischen Betriebe bestehen und wie diese politisch gelöst werden können. Als wesentliche Erschwernisse wurden bürokratische Hürden, Wettbewerbsverzerrungen durch europaweite Ausschreibungspflicht und Benachteiligungen deutscher Betriebe durch höhere Besteuerung von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln innerhalb Europas genannt. Die CDU-Landtagsfraktion reagierte auf die Beschwerden des heimischen Mittelstandes und hat zu dessen Unterstützung mehrere Anträge im Landtag eingebracht und deren Dringlichkeit auch gegenüber ihren Europa-Abgeordneten zum Ausdruck gebracht.

>>AGRARDIESEL

Gleiche Wettbewerbsbedingungen

Agrardiesel ist einer der wichtigsten Kostenfaktoren in der landwirtschaftlichen Produktion. Laut EU-Richtlinie beträgt der Mindeststeuersatz für Agrardiesel 2,1 Cent pro Liter. Dieser wird z.B. in anderen EU-Ländern wie Frankreich und Dänemark angewendet. Deutsche Landwirte hingegen zahlen mit einer durchschnittlichen Besteuerung von 40 Cent pro Liter Agrardiesel die höchsten Steuersätze im europäischen Binnenmarkt. Diese Unterschiede führen für die deutsche Landwirtschaft zu einer erheblichen Benachteiligung innerhalb der EU. Um diese zu aufzuheben, fordern wir die Landesregierung (nach 2008) erneut auf, sich für eine Senkung des Steuersatzes für Agrardiesel und EU-weite Harmonisierung der Steuersätze für Agrardiesel einzusetzen.

>>GASTRONOMIE

Bürokratische Hürden abbauen

Als weitere wirtschaftsfördernde Maßnahme hat die CDU-Landtagsfraktion auf unsere Initiative einen Antrag zur Erleichterung der Betriebsgründung und Betriebsnachfolge im Gastronomiegewerbe eingebracht. Die in Deutschland im Vergleich zu vielen anderen EU-Staaten besonders strengen und detaillierten Konzessionsauflagen stellen oft ein kaum überwindbares Hindernis für Betriebsnachfolgen dar. Deshalb fordern wir von der Landesregierung, diese zu lockern und



flexibler zu gestalten, wie z.B. die Stellplatzverordnung, die Konzessionsgebühren, die Auflagen für Personalsozialräume, die Auflagen über Größe und Ausstattung der Toilettenräume. Leistungsstarke gastronomische Betriebe gehören zum Kern einer wettbewerbsfähigen touristischen Infrastruktur. Deshalb sollte man Betriebsgründern oder Gastronomen, die eine Betriebsnachfolge antreten nicht unnötig bürokratische Knüppel zwischen die Beine werfen.

>>KOMMUNALREFORM

Freiwilligkeit statt Fusion ›von oben‹

Pläne aus dem Innenministerium, im Zuge der Kommunal- und Gebietsreform Gemeinden von oben herab zu fusionieren, lehnen wir strikt ab. Unser Standpunkt ist klar: Eine Zusammenlegung der Gemeinden kann und darf nur auf freiwilliger Basis und mit Zustimmung der Bürger erfolgen. Wir stehen für bürgernahe Verwaltungen, und daher kann man eine Fusion von Verbandsgemeinden nicht einfach an festen Größen wie der Einwohnerzahl festmachen, wie das die Landesregierung beabsichtigt. Im Gegenteil: Wie die Erfahrung aus anderen Bundesländern zeigt, sind größere Verwaltungseinheiten nicht immer effizienter und wirtschaftlicher, wie von der Landesregierung behauptet. Vielfach hat ein Zusammenschluss von Verwaltungen sogar zu einer

Verteuerung von Leistungen für die Bürger geführt - von längeren Wegen zu den Behörden einmal ganz abgesehen.

>>OPEL

Unterstützung mit Weitblick

Wir nehmen die Sorgen der Beschäftigten bei Opel sehr ernst und stehen voll hinter ihnen. Deshalb befürworten wir in der Frage einer Rettung für den angeschlagenen Autobauer eine sachliche, substanzielle und zukunftsorientierte Lösung. Denn nur so kann die dauerhafte Erhaltung der Arbeitsplätze an allen Standorten in Deutschland gewährleistet werden – mit einem tragfähigen Sanierungskonzept von Seiten des Konzerns und durch einen leistungsstarken und soliden Investor. Wer allerdings vorschnell nach einer direkten Staatsbeteiligung schreit, hat Wählerstimmen im Blick, nicht aber die Zukunft von Opel. Hat doch das Beispiel Holtzmann gezeigt, dass der Staat alleine ein Unternehmen, das kein zukunftsfähiges Konzept vorlegt, nicht dauerhaft stabilisieren kann. Den Opelianern vor diesem Hintergrund alles Mögliche zu versprechen, ist blanker Populismus und entspricht nicht unserer Art, Probleme zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Landtagsabgeordneten

Erfahren Sie mehr!

Möchten Sie weitere Informationen?

Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung und Anregungen!



Dorothea Schäfer, MdL
Neustraße 17
55296 Gau-Bischofsheim
Büro: Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 208 3429
Fax: 06131 / 208 4429

Email: dorothea.schaefer@cdu.landtag.rlp.de
www.dorothea-schaefer.de



Thomas Günther, MdL
Am langen Rech 34
55283 Nierstein
Büro: Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 208 3351
Fax: 06131 / 208 4351

Email: thomas.guenther@cdu.landtag.rlp.de
www.thomas-guenther-nierstein.de